



FDP | 07.09.2022 - 11:16

FDP lehnt anlasslose Vorratsdatenspeicherung ab



Innenministerin Nancy Faeser (SPD) will die Vorratsdatenspeicherung wieder einführen. Das widerspricht dem Koalitionsvertrag. Mit der FDP wird es keine anlasslose Vorratsdatenspeicherung geben.

Wie schon einige Innenministerinnen und -minister vor ihr [will auch Innenministerin Nancy Faeser \(SPD\) die Kompetenzen der Sicherheitsbehörden](#) [1] ausweiten und die verfassungsrechtlich hochgradig bedenkliche [Vorratsdatenspeicherung](#) [2] wiedereinführen – auf Kosten der Bürgerrechte. Ein ähnlicher Vorstoß war im [Jahr 2010 bereits beim Bundesverfassungsgericht](#) [3] gescheitert. Seit 2017 liegt die Vorratsdatenspeicherung auf Eis. Justizminister Marco Buschmann stellt klar: „Es ist im Koalitionsvertrag vereinbart, die anlasslose Vorratsdatenspeicherung endgültig abzuschaffen. Das gilt.“

Die Freien Demokraten lehnen die anlasslose Vorratsdatenspeicherung entschieden ab. Buschmann will sie endgültig aus dem Gesetz streichen: „Sie verstößt gegen die Grundrechte. Wenn jeder damit rechnen muss, dass vieles über seine Kommunikation ohne Anlass gespeichert wird, dann fühlt sich niemand mehr frei.“

Auch das von [Volker Wissing](#) [4] geführte [Ministerium für Digitales und Verkehr](#) [5] erinnerte daran, dass die Vorratsdatenspeicherung mehrfach gerichtlich gekippt wurde und sich die Ampel klar festgelegt habe, dass es keine anlasslose Vorratsdatenspeicherung geben solle. Daten dürften nur [bei konkretem Anlass, für begrenzte Fälle und unter Richtervorbehalt](#) [6] gespeichert werden.

Wir haben im Koalitionsvertrag vereinbart, die anlasslose [#Vorratsdatenspeicherung](#) [7] endgültig

abzuschaffen. Das gilt. Das ist lange überfällig. Denn die Vorratsdatenspeicherung ist nicht mit unseren Grundrechten vereinbar. Allein deshalb kann sie keine Option sein.

— Marco Buschmann (@MarcoBuschmann) [September 7, 2022](#) [8]

Quick Freeze als bürgerrechtsfreundliche Alternative

Faeser fordert die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung, um Straftaten besser verfolgen zu können. Justizminister Buschmann entgegnet, dass es mit dem [Quick-Freeze-Verfahren eine bessere und bürgerrechtsfreundliche Alternative](#) [9] gebe. Dabei werden Internetprovider erst bei einem Anfangsverdacht aufgefordert, Daten zu einzelnen Teilnehmern für einen bestimmten Zeitraum zu speichern. Telekommunikationsanbieter sollen bei einem konkreten Anlass auf richterliche Anordnung hin schnell Daten sichern können, damit Polizei und Staatsanwaltschaft sie dann auswerten können.

„Anders als bei der Vorratsdatenspeicherung, bei der die Daten aller Bürgerinnen und Bürger gespeichert werden, würde das nur anlassbezogen bei bestimmten Personen erfolgen. Dieses Verfahren soll nur bei dem Verdacht auf das Vorliegen schwerer Straftaten möglich sein. Das wäre rechtsstaatlich sauber und würde den Ermittlern wieder ein Instrument für die Aufdeckung von Straftaten in die Hand geben. Das wäre ein Gewinn für Freiheit und Sicherheit zugleich“, [erklärt Buschmann im Interview mit der Funke-Mediengruppe](#) [10].

Es gilt, was im Koalitionsvertrag steht: Eine anlasslose [#Vorratsdatenspeicherung](#) [7] wird es mit uns nicht mehr geben.

— Fraktion der Freien Demokraten (@fdpbt) [September 8, 2022](#) [11]

EuGH-Entscheidung zur Vorratsdatenspeicherung erwartet

Am 20. September wird der Europäische Gerichtshof (EuGH) seine lang erwartete Entscheidung zur deutschen Regelung der Vorratsdatenspeicherung verkünden. Unmittelbar danach will die Bundesregierung eine neue Regelung erarbeiten, die mit der Entscheidung des EuGH vereinbar ist. [Stephan Thomae, parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Fraktion, erklärte](#) [12] gegenüber der Deutschen Presseagentur (dpa): „Immer mehr Eingriffsbefugnisse für die Sicherheitsbehörden führen nicht zwangsläufig zu mehr Sicherheit, schleifen aber an den Bürgerrechten.“ Auch er verwies auf die Koalitionsvereinbarung, in der sich SPD, Grüne und FDP klar auf einen „Paradigmenwechsel in der Sicherheitspolitik“ verständigt hätten.

Wenn unsere Innenministerin mal in den Koalitionsvertrag schauen würde, wüsste sie, dass sie sich die Arbeit sparen kann. [#Vorratsdatenspeicherung](#) [7] ist dank der [@fdp](#) [13] nämlich glasklar ausgeschlossen ? <https://t.co/OJG6Hfszwb> [14]

— Svenja Hahn (@svenja_hahn) [September 7, 2022](#) [15]

Auch interessant:

- [Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP](#) [16]
- [Besserer Schutz für Hinweisgeber](#) [17]
- [Digital-Paket der EU ist Meilenstein für digitale Bürgerrechte](#) [18]

- [Selbstbestimmungsgesetz ist überfällig](#) [19]
 - [Löschen statt Sperren ist effektiver und schneller](#) [20]
 - [Bürgerrechte gelten auch im digitalen Raum](#) [21]
-

Quell-URL:<https://www.liberale.de/content/fdp-lehnt-anlasslose-vorratsdatenspeicherung-ab#comment-0>

Links

[1] <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-09/nancy-faeser-vorratsdatenspeicherung-kinderschaender> [2] <https://www.fdp.de/forderung/quick-freeze-statt-vorratsdatenspeicherung> [3] <https://www.iitr.de/blog/regelungen-zur-vorratsdatenspeicherung-sind-verfassungswidrig-und-nichtig/2883/> [4] <https://www.volker-wissing.de/> [5] <https://www.bmvi.de/DE/Home/home.html> [6] <https://twitter.com/bmdv/status/1567508404339445766> [7] https://twitter.com/hashtag/Vorratsdatenspeicherung?src=hash&ref_src=twsrc%5Etfw [8] https://twitter.com/MarcoBuschmann/status/1567534464967872513?ref_src=twsrc%5Etfw [9] <https://www.rnd.de/politik/fdp-und-gruene-kritisieren-faesers-plaene-bei-cybersicherheit-4BXY5SYPHZESD5PS2RFXVIER2A.html> [10] <https://www.waz.de/politik/buschmann-fdp-lockdown-corona-impfpflicht-telegram-omikron-id234141055.html> [11] https://twitter.com/fdpbt/status/1567770287726362624?ref_src=twsrc%5Etfw [12] <https://www.welt.de/politik/deutschland/article240911729/Faeser-fordert-mehr-Befugnisse-fuer-Sicherheitsbehoerden-FDP-und-Gruene-skeptisch.html> [13] https://twitter.com/fdp?ref_src=twsrc%5Etfw [14] <https://t.co/OJG6Hfszwb> [15] https://twitter.com/svenja_hahn/status/1567500353704165377?ref_src=twsrc%5Etfw [16] https://www.fdp.de/sites/default/files/2021-11/Koalitionsvertrag%202021-2025_0.pdf [17] <https://www.fdp.de/besserer-schutz-fuer-hinweisgeber> [18] <https://www.fdp.de/digital-paket-der-eu-ist-meilenstein-fuer-digitale-buergerrechte> [19] <https://www.fdp.de/selbstbestimmungsgesetz-ist-ueberfaellig> [20] <https://www.fdp.de/loeschen-statt-sperren-ist-effektiver-und-schneller> [21] <https://www.fdp.de/buergerrechte-gelten-auch-im-digitalen-raum>